

Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Vollstreckkonto: Dresden Nr. 14707

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden Nr. 16, Kolbenstraße 40

Sächsisch- Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.95 M.
einschließlich Postgebühren
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Erscheinung der Heftblätter: 11 bis 10 Uhr vorm.

Anzeigen: Aufnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Werbekarte 1.40 M., im Restantel 3.50 M., Familienanzeigen 1.20 M. - Für unentgeltlich gelieferten, sowie durch
Beimbringer aufgegebenen Anzeigen können die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Um Ja oder Nein!

Die parlamentarische Krise, die im Anschluß an das Zahlungs-Ultimatum der Entente entstand, hat ein Ausmaß angenommen, wie wir es in unserer zwar sehr kurzen, aber dennoch an derartigen kritischen Zwischenfällen überreichen parlamentarischen Geschichte, noch nicht erlebt haben. Das kam daher, weil mit diesem Entente-Ultimatum nicht allein die Reparationsverpflichtung einer endgültigen Regelung unterworfen werden sollte, sondern weil mit dieser ganzen Frage alle politischen und wirtschaftlichen Probleme, die der Friedensvertrag nun einmal aufgeworfen hat, verknüpft wurden. So wird die Entscheidung in der Reparationsfrage zur Entscheidung über unsere ganze Staats- und Wirtschaftspolitik der Zukunft.

Wenn man sich das klar macht und sich alle Konsequenzen einer Entscheidung in dem einen oder dem anderen Sinne vor Augen führt, dann wird man auch einen Begriff von der Größe und Schwere derjenigen Entscheidung erhalten, die nunmehr von der deutschen Volksvertretung getroffen werden muß. Man kann es ausdrücken, daß um das Ja oder Nein ein erbitertes Ringen sich entspannt. Und noch steht zur Stunde das Ergebnis nicht fest. Wer wollte es auch leugnen, daß für beide Anschauungen triftige Gründe ins Feld geführt werden können. Und auch darüber sind sich alle klar: in jedem Falle, bei Annahme oder bei Ablehnung, werden die unheilvollen Folgen nicht ausbleiben. Wir stehen wieder vor einer Situation wie damals in Weimar, als man Unmögliches von uns zu unterzeichnen verlangte. Diesmal ist nur die Form eine andere insofern, als es sich nicht gerade um eine Unterschrift, sondern um eine Anerkennung handelt. Aber im Effekt ist es ja das selbe, die Verbindlichkeiten sind in beiden Fällen die gleich schweren.

Wir können uns nicht oft genug die Situation vergegenwärtigen, in der wir uns heute befinden: Deutschland steht allein in der ganzen Welt. In der Weltmeinung hat sich in den letzten Wochen, namentlich seit London, ein geradezu katastrophaler Umschwung der Stimmung uns gegenüber vollzogen. Noch vor kurzem schien es unendlich zu sein, daß in der Reparationsfrage die Ententemächte Waffenstillstand gegen uns wunden und zu dem Zwecke, um phantastische Milliardensummen aus dem deutschen Volke herauszuholen. Damals war die Weltmeinung, beherzt von der amerikanischen Öffentlichkeit, in ihren entscheidenden Faktoren gegen ein solches Verfahren. Selbst gewichtige Kreise der englischen Presse teilten diese Anschauung. Heute sind wir vollständig verlassen. Die ganze Welt steht gegen uns, auch in der Reparationsfrage, auch in der Billigung der gegnerischen Pläne, gegebenenfalls mit Gewalt Deutschland zum Ja zu zwingen. Denn das ist die mit allen agitatorischen Künsten und Kniffen einer geschickten Pressepropaganda der öffentlichen Meinung der Welt eingetragene Auffassung, als wollten die Deutschen überhaupt nicht bezahlen, als wollten sie sich jeglicher Zahlungsverpflichtung und der Anerkennung einer solchen entziehen. Diese Anschauung wurde bestärkt durch verschiedene sehr unkluge Äußerungen im deutschen Lande selbst. Und die Art, mit der manchen Orts in Deutschland, ja selbst von ganz maßgebenden Amtsstellen, die Politik der Taktik und die Taktik der Politik nach London in diesen Fragen behandelt worden sind, gab einem derartigen Urteil erwünschten Untergrund. Und wie sehr diese gegnerische Pressepropaganda sich auswirkte, haben wir ja nicht allein in der Verschärfung des Zahlungsplanes, der ja in allen grundlegenden Fragen von der Pariser Basis abweicht, sondern auch darin, daß die Finanzverpflichtungen mit denjenigen militärischen und politischen Fragen verknüpft worden sind, die als Hauptfehler des Friedensvertrages von Versailles gelten. Gerade diese Verknüpfung und gerade diese Fragen an sich, wie Entlohnung und Bestrafung der Kriegsschuldigen, machten die Stellungnahme so unpopulärer schwierig, denn nun kamen diejenigen Motive wieder zur Geltung, die damals in Weimar für die sogenannten "Ehrenpunkte" entscheidend ins Gewicht fielen. Denn auch jetzt handelt es sich um nicht Geringeres, als um Ehrenfragen der gesamten deutschen Nation.

Wir müssen uns daran gewöhnen, so hart und schmerzhaft uns das auch zuweilen ankommen mag, alles Gefühlsmäßige aus politischen Entscheidungen und auch aus der Verteilung derartigen Fragen und Maßnahmen auszuschalten. Wir werden bei allen diesen Dingen um so besser fahren, je mehr wir uns nähern das Wesen, den Sinn und das Ziel, kurz, die Methoden der Politik und namentlich derjenigen politischen Maßnahmen klar machen, die nach dem Willen des Obersten Rates, der heute die Welt beherrschen zu können glaubt, getroffen werden. Erst wenn wir einmal soweit sind, daß wir aus solcher nüchternen Betrachtung der Vorgänge die klaren Folgerungen ziehen und unbeeinträchtigt die daraus sich ergebenden Handlungen in die Wege leiten und durchzuführen suchen, werden wir auch dazu fähig sein, den großen organischen Umbau unserer Staats- und Wirtschaftspolitik vorzunehmen, der, ob wir nun Ja oder Nein sagen, in jedem Falle für das Deutschland der Gegenwart und Zukunft unerlässlich ist.

Noch keine Entscheidung

Die Stellungnahme der Fraktionen

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)

Berlin, 10. Mai. Die Besprechungen unter den Parteien und den Vertretern der Regierung in Sachen der Stellungnahme zu dem Entente-Ultimatum in der Reparationsfrage hatten auch im Laufe des Montags zu keinem Ergebnis geführt. Den ganzen Sonntag über fanden Beratungen statt, ohne daß es aber gelungen wäre, hinsichtlich der Lösung der Kabinetskrise und damit der Reparationsfrage irgend etwas Positives zu erreichen. Die Dinge sind dadurch so außerordentlich kompliziert, als es erforderlich ist, jetzt ein Kabinett zu stellen, das die Verantwortung für Annahme oder Ablehnung übernimmt. Mit einer Lösung der Kabinetskrise wäre auch die Stellung zu dem Entente-Ultimatum gegeben. Wie die Dinge liegen, ist kaum damit zu rechnen, daß vor Mittwoch eine klare Situation geschaffen worden ist, allerdings wäre es dann auch die höchste Zeit.

Allein die Fraktionen des Reichstages haben im Laufe des gestrigen Nachmittags in zum Teil sehr langwierigen und erregenden Aussprachen nochmals über die Frage des Ultimatums beraten. Zu einer endgültigen Entscheidung sind lediglich die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten gekommen. Die Deutschnationale Fraktion hat sich einstimmig gegen die Annahme des Ultimatums ausgesprochen. Die sozialdemokratische dagegen hat die Annahme empfohlen und ihre Stellungnahme in einer längeren Erklärung begründet. Die unabhängige Sozialdemokratie ist ebenfalls einstimmig für die Annahme und hat diese ebenfalls in einer längeren Erklärung begründet. Die Koalitionsparteien haben die endgültige Stellungnahme auf heute verschoben. Jedoch heißt es, daß in sämtlichen drei Parteien die Stimmung für die Annahme des Ultimatums im Wesentlichen begriffen ist. Die Demokratische Fraktion soll bereits so gut wie entschlossen sein, für die Annahme zu stimmen. Ebenso verhält es sich mit dem Zentrum eine Mehrheit für die Annahme gewonnen ist. In der Deutschen Volkspartei war eine überwiegende Mehrheit für Ablehnung. Die endgültige Stellungnahme des Reichstages wird voraussichtlich heute nachmittag oder spätestens morgen vormittag erfolgen, da am Donnerstag bekanntlich das Ultimatum abläuft.

Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist der deutsche Gesandte in Wien, von Rosenbergs, nach Berlin berufen worden. Es heißt, daß mit ihm über die Hebernahme des unzureichenden Restes verhandelt werden soll. Wie der „Vollstreckungsbericht“ hört, soll Reichstagspräsident Lohse mit Reichspräsident Ebert verhandeln, und sich bereit erklärt haben, die Kabinetsbildung zu übernehmen.

Die Sozialdemokratie zu dem Ultimatum

Berlin, 9. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiauswahlsch haben folgende gemeinsame Entschlieung gefaßt:

Die Annahme des Ultimatums des Verbundes hat nur dann einen Zweck, und die Besetzung des Ruhrgebietes ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorübergehende Erklärung abgibt, die Einwohnerwehr rechtmäßig, d. h. bis zum 30. 6. zu entlassen und aufzulösen. Die Forderungen des Verbundes in der Entschädigungsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrage, überschreiten weitens die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren härtesten Einspruch heraus. Aber unter dem Druck der brutalen militärischen Gewaltandrohung, angesichts der unabwehrbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberhessen daraus entpringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ersten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktates zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus weiterer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen, und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayerischen Entlohnung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Westens ab. Die Verantwortung für das Kommenbe fällt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu.

Glossen zur Stunde

In dieser ersten Stunde, wo es um Leben und Tod des deutschen Volkes geht, macht sich wieder einmal in recht unangenehmer Weise die Sensationspresse in Berlin bemerkbar, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß es nur in Berlin eine Sensationspresse gibt. Dieses Treiben der sogenannten Sensationspresse ist für unsere deutsche Sache außerordentlich schädlich. In wenigen Tagen läuft das Ultimatum der Entente ab. Oberhessen steht in hellem Aufbruch. Dieser Tatsache sollte sich die ganze deutsche Presse bewußt sein und alles, was nach Sensation aussieht und Sensation ist, nach Möglichkeit unterdrücken.

Aber auch in der Presse, die man schlechthin nicht ohne weiteres zur Sensationspresse zählen kann, die sich jedenfalls dagegen auf das Entschiedenste zuwehren würde, sind in den letzten Tagen Kombinationen wiedergegeben worden, die nicht unbedenklich erscheinen. Es ist ja ganz begreiflich, daß bei der Frage der Kabinetsbildung, daß bei ihrer Besprechung in der Presse der Haltung und der Stellung der Sen-

Keine Konferenz der bundesstaatlichen Ministerpräsidenten

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)

Berlin, 10. Mai. Der bayrische Ministerpräsident von Kahr ist gestern von Berlin nach München zurückgekehrt. Am Sonntagabend hat noch eine Besprechung zwischen Herrn von Kahr und dem Reichsstaatsminister unter Ausziehung einiger führender süddeutscher Politiker stattgefunden. Die in Aussicht genommene Konferenz der bundesstaatlichen Ministerpräsidenten wird nicht stattfinden.

Eine französische Auslassung zum Ultimatum

(Eigener Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitg.“)

Berlin, 10. Mai. Heber die Frage, ob Deutschland die Londoner Bestimmungen annehmen oder ablehnen soll, hat der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ in Paris mit einem Diplomaten gesprochen, dessen freundliche Stellung zu Deutschland außer Frage steht. Auf die Frage, ob die Besetzung des Ruhrgebietes nicht aufgehoben, sondern nur um einige Wochen oder Monate verschoben werden könnte, endlich den psychologisch begründeten Widerstand eines auch nach seiner Niederlage starken Volkes, sich den starken Forderungen ohne „menschlich“ und „aber“, um Verstand Worte zu gebrauchen, unterwerfen zu müssen. Dennoch sage ich noch einmal: annehmen. Und ich würde das gleiche sagen, wenn ich selbst an verantwortlicher Stelle meine Ansicht zu Deutschland zu vertreten hätte. Die Entente muß nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten erwogen werden. In wirtschaftlicher, oder sagen wir lieber, in finanzieller Beziehung sind die Londoner Bestimmungen entschieden nicht günstiger als die Bestimmungen des Pariser Kontrabats. Die Erhöhung der Zahlungen wird für das erste halbjährige Deutschland gegenüber den Forderungen der Pariser Konferenz nicht erleichtern, sondern erleichtern und die Bestimmungen über die Renten sind sogar darauf, daß sie den Protest der französischen Zeitungen herausgefordert haben. Wie die Lösung dieser Aufgabe sich in einem Zeitraum von 20 oder 30 Jahren gestalten wird, kann kein Mensch voraussagen, weder ein Minister, der sie optimistisch, noch ein Deutscher, der sie pessimistisch betrachtet. Ich persönlich habe die Heberzeugung, daß Deutschland als das stärkste Arbeitsland der Welt vielmehr leisten wird, als es sich selber zutraut und daß, wenn die Abwicklung erst einmal begonnen hat und regelmäßig funktioniert, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten langsam, aber stetig mancher Erleichterung schaffen werden.

Einverständnis Amerikas mit dem Ultimatum

Sasel, 9. Mai. Die „Times“ melde aus Washington: Die amerikanische Regierung hat dem allierten Volkswort in Washington gegenüber ihre Solidarität mit den maßgebenden Kreisen der Entente gegen Deutschland im Falle der Nichtannahme des Ultimatums bekundet und den Inhalt des Ultimatums grundsätzlich aufgegeben.

Die militärischen Maßnahmen des Obersten Kriegsrates

Berlin, 9. Mai. Die aus Genf gemeldet wird ist der Oberste Kriegsrat gestern in Paris zusammengetreten; er bleibt bis zur Erledigung des Entente-Ultimatums an Deutschland zusammen. Der Vormarsch in Deutschland beginnt bei Ablehnung des Ultimatums am 30. Mai früh 4 Uhr.

Karlsruhe, 9. Mai. Die „Straßb. Neue Pz.“ meldet aus Paris, daß der Oberste Kriegsrat in seiner Pariser Tagung die weitest militärischen Maßnahmen vorbereitet, die das Ultimatum an Deutschland wegen der Ruhrbesetzung auslöst. Der „Straßb. N. Pz.“ zufolge steht an erster Stelle die Besetzung einer 75-Kilometer-Zone in Süddeutschland.

Berlin, 9. Mai. Wie aus Mülheim gemeldet wird, hätten vergangene Nacht plötzlich die Kanonen, ohne irgendein Vorwand aus dem Vorort Speidort über die Mauer in das Zentrum von Mülheim vor. Die Truppen besetzten verschiedene Punkte der Stadt. Dieses Vorgehen stellt wiederum einen Bruch des Friedensvertrages dar.

trumpfen die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Das bedauerliche ist nur, daß man sich dabei nicht immer des Gendarmen erwehren kann, als ob bei der Art der Wiederergründung zentrumsfeindliche Motive in sehr starkem Maße in Erscheinung trüben. Es ist ja nun möglich, daß, wenn diese Polen unsere Voren vor die Augen kommen, die ganze Kabinetsfrage hoffentlich — gelöst sein wird. Das wünschenswerteste aber nicht der Pflicht, heute bereits ein Wort zu verschiedenen Bedingungen zu sagen. Wir greifen dabei einen Artikel heraus, der von der Berliner Schriftleitung des „Dresdner Anzeigers“ in Nr. 214 vom Montag den 9. Mai veröffentlicht wurde. Es hieß dort u. a.: „Das Zentrum, in dem eine linksstehende Gruppe für den Versuch zu heben wäre, daß man zunächst durch Unterschrift unter das Ultimatum eine gewisse Frist gewinnt, stimmt in seinem anderen Teile ebenfalls der Auffassung der drei bürgerlichen Parteien zu. Jedenfalls ist diese Fraktion — und auch aus sozialistischen Kreisen hört man ähnliche Stimmen — nicht bereit, entgegen dem Erkenntnis der anderen bürgerlichen Parteien das Odium einer Unterschrift allein auf sich zu nehmen.“